

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
kleinsten Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Bekanntmachung.

Die Grundsteuer und die Landrenten pro IV. Termin lf. 78. sind längstens bis zum

10. November lf. 78.

an die hiesige Stadt-Steuer-Einnahme zu entrichten.

Eibenstock, am 1. Novbr. 1876.

Der Stadtrath daselbst.
Rose, Bürgermeister.

Der socialdemokratische Staat.

In Berlin ist soeben unter dem Titel: „Die Socialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen“ eine kleine Schrift erschienen, deren weitmöglichste Verbreitung in Arbeiterkreisen nicht dringend genug empfohlen werden kann. Der ungenannt gebliebene Verfasser der Flugchrift geht von der gewiß richtigen Voraussetzung aus, daß ein sehr großer Theil der 400,000 Wähler, welche vor drei Jahren bei den Reichstagswahlen Socialdemokraten ihre Stimmen gegeben haben, mit den wesentlichsten Grundsätzen der Socialdemokraten nicht genügend bekannt war und durch das Versprechen, die Lage der arbeitenden Klassen wesentlich zu verbessern, getäuscht wurde. Zweck der Schrift ist, den Wählern aus den Schriften, Reden und Handlungen der Socialdemokraten die eigentlichen Ziele derselben und die Mittel zur Erreichung derselben klar nachzuweisen und so zu verhüten, daß Wähler ihre Stimmen zu Zwecken hergeben, die sie nicht billigen, also getäuscht werden. Diese Absicht hat der Verfasser in seiner durchweg für weiteste Kreise verständlich gehaltenen Broschüre trefflich erreicht; wer dieselbe unbefangenen und mit Aufmerksamkeit durchgelesen hat, und dann noch mit dem einverstanden ist, was die socialdemokratischen Führer wollen, der ist eben ein eingeseifigter Socialdemokrat und mit Gründen der Vernunft nicht zu kurieren.

Nachdem der Verfasser auf das Eingehendste die Versprechungen der Socialdemokraten, die Mittel derselben zur Erreichung ihres Zweckes, ihren Kommunismus, die Ehe und die militärische Organisation im socialdemokratischen Staat gründlich beleuchtet hat, giebt er zum Schluß das Gesamtbild eines socialdemokratischen Staates, wie derselbe nach den Lehren der socialdemokratischen Führer beschaffen sein würde.

Der socialdemokratische Staat, wird u. A. ausgeführt, kann unzweifelhaft nichts anderes als Republik sein, die allerdings einer obersten Spitze, eines Präsidenten bedürfen wird, der selbstverständlich nur aus den socialdemokratischen Führern genommen werden kann. Aller Grund und Boden, sämtliche Fabriken und sonstige Produktionsanstalten bis auf die Werkstätten hinunter sind gemeinschaftliches Eigenthum und werden vom Staat verwaltet. Es giebt keinen Gutbesitzer, aber auch keinen Bauer mehr. Die Ländereien eines oder mehrerer Dörfer sind zusammengelegt und unterliegen ebenfalls der gemeinschaftlichen Verwaltung. Der Bauer hat auf seinem Felde nichts mehr zu suchen. Die Fabrikanten sind verschwunden und an ihrer Stelle vom Staat ernannte Beamte getreten, welche die Fabriken für Rechnung Aller, d. h. des Staats, verwalten, jedenfalls sehr ehrlich, sehr gewissenhaft und umsichtig, wie es bei Administrationen immer zu geschehen pflegt. Der einzelne Handwerker kann allein ohne Gesellen und Gehülfen für sich arbeiten, und so viel individuelles, d. h. persönliches Eigenthum erwerben, als er für sich gebraucht; aber auf seine Kinder darf er nichts vererben. Das Erbrecht ist aufgehoben. Gesellen darf aber ein Meister nicht annehmen, denn der einzige Arbeitgeber ist fortan der Staat.

Arbeiten, d. h. mit der Hand, soll Jeder, der nicht krank oder ein Krüppel ist, im socialdemokratischen Staat, in welchem es folglich nur Arbeiter giebt. Mit Kunst und Wissenschaft kann sich Jeder beschäftigen, sobald er das ihm obliegende Arbeitspensum absolviert hat, aber der geistigen Arbeit gebührt fortan kein Lohn mehr, daß hiesse ja Nichtsthner von dem Schweiß der wirklichen Arbeiter ernähren oder mästen. Kaufleute im eigentlichen Sinne kann es im socialdemokratischen Staate auch nicht geben, denn jeder Nutzen beim Wiederverkauf würde ein Erwerb ohne (Hand) Arbeit sein, der unzulässig ist. Aktien, Obligationen, überhaupt alles Privatkapital ist verschwunden, denn alle Zinszahlungen fallen fort. Wie sicher der socialdemokratische Staat bei einer Volksmiliz gegenüber den Angriffen des Auslandes sein würde, braucht nicht erst ausgeführt zu werden. Religion und Geistlichkeit sind

vollständig entbehrlich, denn die Socialdemokraten sind geborene Atheisten. Die Ehe wird nur auf so lange geschlossen, als die Liebe anhält, d. h. auf Zeit. Um die Erziehung und Erhaltung der Kinder haben sich die Eltern nicht zu bekümmern, dazu ist der Staat verpflichtet. Mann und Weib laufen zusammen, wenn sie Liebe zu empfinden meinen, d. h. wenn es ihnen beliebt, und wieder auseinander, auch wenn es ihnen beliebt. Damit ist die Familie, das sittliche Fundament des Kulturstaates zerstört.

Wer von Euch, wendet sich der Verfasser schließlich direkt an die Wähler, einen solchen Staat schaffen helfen, wer dem Grundeigentümer sein Land, dem Fabrikanten seine Fabrik, dem Besitzer von Werthpapieren sein Vermögen und seine Ersparnisse fortnehmen, wer sein Weib verstoßen oder ihr gestatten will, ihm zu entlaufen, wer seiner Tochter gestatten will, sich heute an Diesen, morgen an Jenen angeblich zu verheirathen, wer Kaiser und König aus dem Lande treiben und einen Socialdemokratenführer zum Präsidenten der Republik machen will, der wähle einen Socialdemokraten in den Reichstag. Wer aber dies Alles oder nur Einzelnes davon nicht will, der kann keinem Socialdemokraten seine Stimme geben.

Tagesgeschichte.

— Berlin. Offiziös wird die Situation augenblicklich wieder als günstig bezeichnet, insofern wenigstens, als man selbst für den Fall des wirklichen Vorgehens Russlands eine weitere Ausdehnung des Konflikts zu einer europäischen Krise nicht mehr befürchten zu müssen glaubt. Wenig damit im Einklang steht eine der „B.-Btg.“ von glaubwürdiger Seite zugegangene Mittheilung, wonach eine Anzahl bekannter hiesiger Militärlieferanten Anweisung erhalten, sich für alle Fälle bereit zu halten. Der Vertreter eines der größten hiesigen Lieferanten-Firmen weist augenblicklich in Petersburg. — Das folgende Telegramm dürfte auch nicht geeignet sein, für den Frieden zu sprechen: Petersburg, den 31. October. Der „Regierungs-Anzeiger“ meldet: Der russische Botschafter Ignatieff sei angewiesen, von der Pforte binnen 48 Stunden die Annahme eines sechswoöchentlichen Waffenstillstandes und die Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen, widrigenfalls aber habe er die diplomatischen Beziehungen abzubrechen und Constantinopel mit dem gesammten Botschaftsperonale zu verlassen.“ Dies wäre also trotz aller gegentheiligen Versicherungen ein Ultimatum, welches an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. In den allernächsten Stunden wird die Entscheidung gefällt werden, ob der Krieg zwischen Russland und der Pforte zum Ausbruch kommen soll oder nicht.

— Berlin, 30. October. Heute Nachmittag 1/2 2 Uhr ward im Weißen Saale des königlichen Schlosses in Gegenwart von 70—80 Abgeordneten der Deutsche Reichstag eröffnet. Man wußte bereits gestern Abend, daß ein unvorhergesehenes Unwohlsein den Kaiser leider verhindern würde, seine ursprüngliche Absicht, das Parlament in Person zu eröffnen, auszuführen. Uebrigens wird berichtet, daß der Zustand Sr. Majestät keineswegs bedeutlicher Natur ist; bei dem vorgeführten Lebensalter des hohen Herrn hielten sich jedoch die Aerzte verpflichtet, von jeder Aufregung und Anstrengung auf das Dringendste abzurathen. So verlas denn, da auch der Reichskanzler der Eröffnung nicht beiwohnte, der neue Präsident des Reichskanzleramts, Minister Hofmann, zum ersten Male die Thronrede, welche an zwei Stellen von dem Beifall der Anwesenden begleitet ward. Einmal da, wo am Schlusse des Passus über die auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung abgegeben wird, daß, was die Zukunft auch bringen möge, das Blut der Söhne des Vaterlandes nur zum Schutze der eigenen Ehre und der eigenen Interessen Deutschlands werde eingesetzt werden.